

Absender mit vollständiger Adresse

Adresse Politiker / Politikerin Kanton Zürich

Datum

**Totalrevision Gesundheitsgesetz Kanton Zürich (GesG ZH)
50'000 Franken Busse beim Impfobligatorium**

*Sehr geehrte Frau Kantonsrätin (Name) / Sehr geehrter Herr Kantonsrat (Name) /
Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Rickli /
Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsräte*

Die Erlebnisse und meine persönlichen Erfahrungen in der Corona-Zeit haben vieles verändert. Plötzlich mussten wir uns mit massiven Einschränkungen im Alltag auseinandersetzen. Die Politik, die «Expertinnen und Experten» und die Medien haben Angst verbreitet. Kritische Stimmen aus der Wissenschaft wurden nicht gehört oder sogar verunglimpft. Der Film «Der Hype» zeigt dies eindrücklich (<https://www.der-hype.ch/movie>).

Die WHO und die Politik haben uns gesagt, dass wir nur mit einer Impfung aus der Pandemie herauskommen. Es wurde viel Druck ausgeübt, sich impfen zu lassen. Wer sich nicht impfen liess, galt als unsolidarisch. Eine Vertreterin von Pfizer hat vor dem EU-Parlament ausgesagt, dass «der Impfstoff nie auf Wirksamkeit (Stichwort: Fremdschutz) und Sicherheit getestet» worden sei. Dies werde im Rahmen des «Post-Marketings», also nach Einführung der Impfung und Anwendung am Menschen, untersucht. Der ehemalige deutsche Gesundheitsminister Jens Spahn hat dies in der Enquete-Kommission bestätigt. Das Paul Ehrlich Institut (D) bezeichnet die Covid-19-Impfung übrigens als «genetischen Impfstoff».

Und jetzt will der Kanton Zürich an einem Impfobligatorium mit Strafbestimmung festhalten! Wer sich einem solchen Obligatorium widersetzen würde, könnte mit einer Busse von bis zu 50'000 Franken bestraft werden. Das kommt einem indirekten Impfzwang gleich! Selbst der Bundesrat hält fest, dass es keine Strafen geben soll und dass der Impfentscheid nach wie vor ein individueller und persönlicher Entscheid bleiben soll.

Ich möchte auch weiterhin selber entscheiden können, ob und womit ich mich impfen lassen will. Die Bundesverfassung garantiert mir das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Wenn wir wissen, dass Bundesrat, BAG und der Nationale Impfplan immer mehr auf die neuartigen, wenig erforschten modRNA-Injektionen setzen wollen, bekommt mein Anliegen einen essenziellen Charakter.

Die Impfung ist eine Angelegenheit zwischen Arzt und Patient. Es ist nicht Aufgabe des Staates, medizinische Interventionen für obligatorisch zu erklären und Menschen gegen ihren Willen zu behandeln.

Deshalb mein dringender Appell an Sie: Streichen Sie das Impfobligatorium und die Strafbestimmung aus dem Gesundheitsgesetz!

Ich danke Ihnen.

Freundliche Grüsse

Unterschrift